

# Die Qual nach der Wahl? Ein Ausblick.

Zur Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26.09.2021

## A. DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### I. CDU/CSU

- Reform ArbZG: wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit
- Sachgrundlose Befristung max. zwei Jahre
- Online-Betriebsratswahlen
- Erhöhung der Minijobgrenze von 450€ auf 550€
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- mobiles Arbeiten/Homeoffice für möglichst viele Beschäftigte (durch sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags-/Betriebsparteien)
- Evaluation und ggf. Überarbeitung des Entgelttransparenzgesetzes
- Erhalt der Zeitarbeit



## A. DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### II. DIE GRÜNEN

- Ziel: 50% Frauenanteil in Führungsgremien
  - 1/3 der Vorstandssitze größerer börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung an Frauen
  - Aufsichtsräte: mind. 40% Frauenanteil bei Neubesetzung
  - Unternehmen in Bundeshand: paritätische Betriebsstrukturen
- Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12€
  - stetige Steigerung, Orientierung an der Entwicklung der Tariflöhne
  - Reform der Mindestlohnkommission
  - Abschaffung der Ausnahmen für Minderjährige und Langzeitarbeitslose
- Leiharbeit: gleicher Lohn wie Stammbeschäftigte, zzgl. Flexibilitätsprämie
- branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld
- keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen
- ordnungspolitisches Vorgehen gegen den Missbrauch von Werksverträgen
- Stärkung des Arbeitsschutzes
- verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen und Sanktionen zum Schutz von Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz



## A. DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### II. DIE GRÜNEN



- Tarifbindung/Tarifverträge:
  - Tarifbindung für mehr Beschäftigte und Betriebe
  - Bundestariftreuegesetz
  - Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern
  - Pflicht der Betriebe zur Veröffentlichung, ob sie Tarifvertragspartei sind
  - bei Umstrukturierungen: Weitergeltung von Tarifverträgen bis zum Abschluss eines neuen Tarifvertrags
- betriebliche Mitbestimmung:
  - paritätische Mitbestimmung in Unternehmen mit >1.000 Beschäftigten
  - Einführung eines Schlichtungsverfahrens
  - mehr Schutz für Betriebsräte und solche, die einen Betriebsrat gründen wollen
  - Ausbau und Modernisierung der Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, Personalräte, JAV
- mehr Mitsprache bei Ort, Lage und Umfang der Arbeit
- Recht auf mobiles Arbeiten
  - Freiwilligkeit, Rückkehrrecht

## DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### II. DIE GRÜNEN



- eigenbestimmte, flexible, kürzere Arbeitszeiten
  - flexibler Arbeitszeitkorridor
  - hierbei: Unterstützung der Sozialpartner
  - Dokumentation der Arbeitszeit
- bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Branchen mit hoher Arbeitsbelastung
- online vermittelte Arbeit: mehr Schutz
  - Anpassung des Arbeitsrechts und Arbeitsschutzes an die Onlinewelt
  - Regulierung der online getätigten Arbeit
  - Verhindern von Scheinselbstständigkeit



- faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen Nachbarstaaten, gleiche Bezahlung und Absicherung wie deutsche Arbeitnehmer
  - wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit
  - Verbandsklagerecht der Gewerkschaften
  - europäische Sozialversicherungsnummer
  - höhere Mindeststandards für Beschäftigtenunterkünfte
  - Abschaffung der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung
  - bessere Regulierung der Vermittlungsagenturen
  - Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde → mehr Kontrolle

## DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### III.FDP

- Midlife-BAföG
- Aufstiegs-BAföG: Teilzeitfortbildungen, interdisziplinäre Bildungswege
- wöchentliche statt tägliche Höchst Arbeitszeit → Regelungen in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung
- mobile Arbeit/Homeoffice: Gelten des ArbSchG, nicht der ArbStättV
- Recht auf Prüfung und Erörterung der mobilen Arbeit/Homeoffice
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- mehr Frauen in den Führungspositionen
- Partnerschutz analog zum Mutterschutz
- Reform des Statusfeststellungsverfahrens für Selbstständige
- Erhöhung der Minijob- und Midijobgrenze, dynamische Kopplung an den gesetzlichen Mindestlohn
- Integration der Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt: Aufhebung gesetzlicher Sondervorschriften, die dies behindern



## DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### IV. SPD

- Tarifbindung/Tarifverträge:
  - Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern
  - Weitergeltung von Tarifverträgen bei Betriebsauslagerung und -aufspaltung
  - Zurückdrängung der Praxis einer Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung
  - Bundestariftreuegesetz
- Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12€
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen
- Minijobs: Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung
- Anhebung der Gleitzone der Midijobs auf 1.600€
- Brückenteilzeit für mehr Beschäftigte
- Betriebliche Mitbestimmung:
  - Erweiterung auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform
  - Absenkung der Unternehmensgrößenschwellwerte
  - echte paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten





## DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### IV. SPD

- Betriebsräte:
  - Ausweitung des Kündigungsschutzes
  - stärkere Verfolgung einer Behinderung der Arbeit
- Betriebsverfassungsreform: mehr Mitbestimmungsrechte
  - bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderung
  - beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen
  - beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen
  - bei der Personalbemessung
  - bei der betrieblichen Weiterbildung
- Plattform-/ortsunabhängige Tätigkeiten:
  - gleiche Gültigkeit und Wirksamkeit von Arbeitnehmerrechten
  - digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften
  - Einführung Verbandsklagerecht, Beschäftigtendatenschutzgesetz



## DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

### IV. SPD

- Recht auf mobile Arbeit: Fünf-Tage-Woche → mindestens 24 Tage/Jahr
  - Voraussetzung: Freiwilligkeit
- Homeoffice:
  - Geltung von Arbeits- und Ruhezeiten
  - vollständige Erfassung der täglichen Arbeitszeit
  - Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, technische Ausstattung, guten Unfallschutz
- Anpassung der Arbeitszeiten an das Leben
- Absenkung der Arbeitszeit
- Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit
  - unabhängige, staatlich unterstützte Weiterbildung
  - Recht zur Freistellung oder Arbeitszeitreduktion
  - finanzielle Förderung: staatliche Unterstützung nicht Zahlungsfähiger
- stärkere Förderung der Möglichkeit eines Beschäftigtentransfers bei betrieblichen Umstrukturierungen/Betriebsschließungen



# DIE EINZELNEN WAHLPROGRAMME

## IV. SPD

- Bafög:
  - Ausweitung der Bafög-Förderansprüche, schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss
  - Zusammenführung Bafög und Aufstiegs-Bafög
  - Aufhebung der Altersgrenzen
  - Neustart-Bafög
- Arbeitszeit:
  - persönliches Zeitkonto
  - Prinzip des Chancenkontos: Überstunden als Zeitguthaben → Aufstockung per Tarifvertrag/durch den Staat
- Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit:
  - 1. Säule: zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach der Geburt eines Kindes
  - 2. Säule: Familienarbeitszeit
  - 3. Säule: dauerhafte Ausweitung der Kinderkrankentage auf 20 Tage/Kind
  - 4. Säule: Modell der Familienpflegezeit
- Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes
- geschlechterparitätische Aufstellung der Führungsebenen → alle börsennotierten/mitbestimmten Unternehmen



## B. KOALITIONEN

### I. CDU/CSU - GRÜNE - FDP



- sachgrundlose Befristung: max. zwei Jahre (CDU/CSU) bzw. abschaffen (Grüne)
- ordnungspolitisches Vorgehen gegen den Missbrauch von Werkverträgen

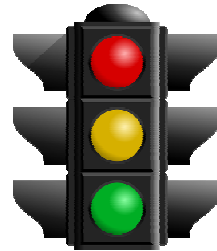
- mehr Frauen in Führungspositionen

- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice

- wöchentliche Höchstarbeitszeit
- Erhöhung der Minijob- und/oder Minijobgrenze
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen

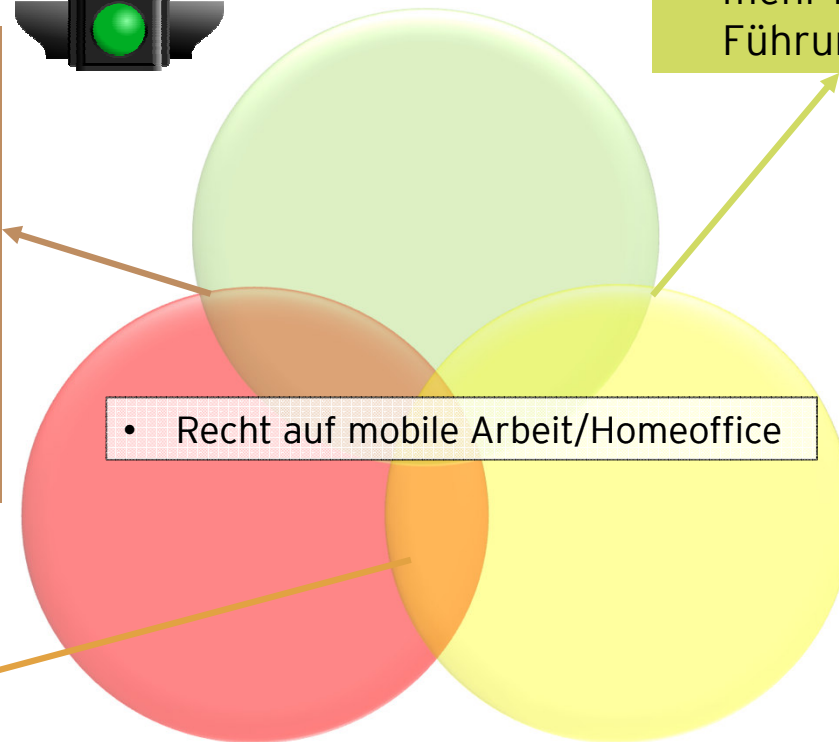
## B. KOALITIONEN

### II. SPD - GRÜNE - FDP



- kürzere, flexible Arbeitszeiten
- mehr Schutz und Rechte für Plattformbeschäftigte
- Stärkung der Betriebsräte
- Bundestariftreuegesetz
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12€
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- paritätische Mitbestimmung

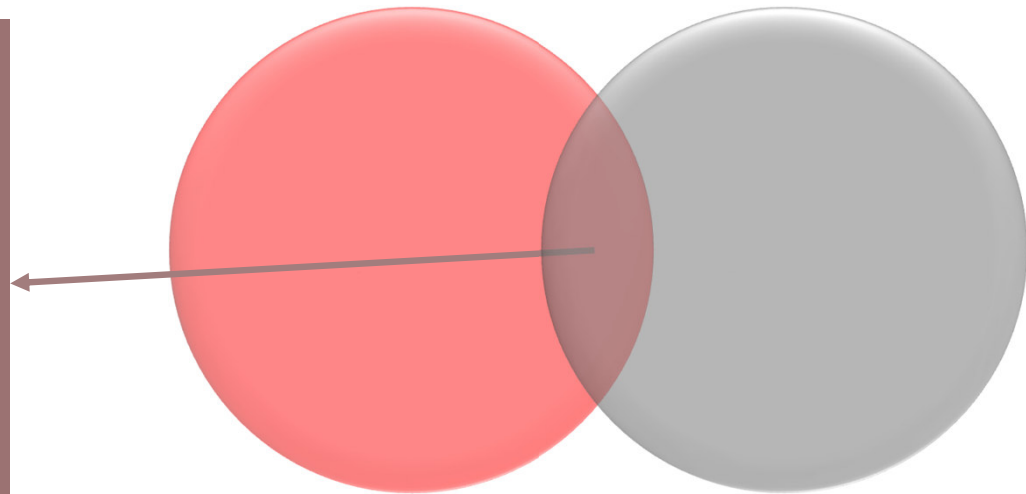
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- Erhöhung der Minijob- und/oder Minijobgrenze
- BAföG-Reform
- Geltung des ArbSchG im Homeoffice



## B. KOALITIONEN

### III. SPD - CDU/CSU

- Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes
- sachgrundlose Befristung: max. zwei Jahre (CDU/CSU) bzw. abschaffen (SPD)
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice
- sachgrundlose Befristung: max. zwei Jahre (CDU/CSU) bzw. Abschaffung (SPD)



## C. UMSETZUNG

### I. SEHR HOHE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT



- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice

## C. UMSETZUNG

### I. SEHR HOHE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT



- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice





## C. UMSETZUNG

### I. SEHR HOHE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT

- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice
- Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes
- sachgrundlose Befristung: max. zwei Jahre (CDU/CSU) bzw. abschaffen (SPD)
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- Recht auf mobile Arbeit/Homeoffice
- sachgrundlose Befristung: max. zwei Jahre (CDU/CSU) bzw. Abschaffung (SPD)
- Erhöhung der Mini-/Midijobgrenze
- Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit



## C. UMSETZUNG

### II. ERHÖHTE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT

- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- Reform des ArbZG: wöchentliche Höchstarbeitszeit
- Beschränkung einer sachgrundlosen Befristung
- mehr Frauen in Führungspositionen durch Quotenregelung
- Erhöhung der Minijob- und/oder Minijobgrenze



## C. UMSETZUNG

### II. ERHÖHTE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT

- Bundestariftreuegesetz
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12€
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- BAföG-Reform
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- mehr Frauen in Führungspositionen durch Quotenregelungen
- Stärkung der Mitbestimmungsrechte und des Schutzes der Betriebsräte
- mehr Schutz und Rechte für Plattformbeschäftigte
- Erhöhung der Midijob- und/oder Minijobgrenze
- kürzere, flexible Arbeitszeiten
- echte paritätische Mitbestimmung von Aufsichtsräten
- Geltung des ArbSchG im Homeoffice



## C. UMSETZUNG

### III. GERINGERE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT

- Online-Betriebsratswahlen
- Erhöhung der Minijobgrenze auf 550€
- Stärkung der Rechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung von EU-Ausländern
- Stärkung der Mitbestimmungsrechte und des Schutzes der Betriebsräte
- branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld
- Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes
- Partnerschutz analog zum Mutterschutz
- Verpflichtung zur Schaffung von Anlaufstellen zum Schutz von Mobbing und Diskriminierung
- mehr Schutz und Rechte für Plattformbeschäftigte



- ordnungspolitisches Vorgehen gegen Missbrauch von Werkverträgen
- kürzere, flexible Arbeitszeiten
- echte paritätische Mitbestimmung in Unternehmen mit >1.000 Beschäftigten
- Geltung des ArbSchG im Homeoffice



## C. UMSETZUNG

### III. GERINGERE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT

- „Chancenkonto“
- Verbandsklagerecht und Beschäftigtendatenschutzgesetz für Plattform-Beschäftigte
- Reform des ArbZG: wöchentliche Höchstarbeitszeit
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- Stärkung der Rechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung von EU-Ausländern
- branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld
- Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit
- Partnerschutz analog zum Mutterschutz



- Betriebsverfassungsreform: mehr Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte
- Verpflichtung zur Schaffung von Anlaufstellen zum Schutz vor Mobbing und Diskriminierung
- Zurückdrängung der Praxis einer Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung
- ordnungspolitisches Vorgehen gegen den Missbrauch von Werkverträgen
- Verpflichtung zur Schaffung von Anlaufstellen zum Schutz von Mobbing und Diskriminierung

## C. UMSETZUNG

### III. GERINGERE UMSETZUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT



- „Chancenkonto“
- Verbandsklagerecht und Beschäftigtendatenschutzgesetz für Plattform-Beschäftigte
- Reform des ArbZG: wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit
- Stärkung der Rechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung von EU-Ausländern
- branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld
- Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit
- Online-Betriebsratswahlen
- echte paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten
- Betriebsräte: Ausweitung der Rechte und des Schutzes
- BAföG-Reform





- Betriebsverfassungsreform
- geschlechterparitätische Aufstellung der Führungsebenen in allen börsennotierten/mitbestimmten Unternehmen

## Jamaika...?



07.10.2021

EMPLAWYERS - Prinzregentenstr. 95 - 81677 München  
[www.emplawyers-muenchen.de](http://www.emplawyers-muenchen.de)

## Ampel...?



07.10.2021

EMPLAWYERS - Prinzregentenstr. 95 - 81677 München  
[www.emplawyers-muenchen.de](http://www.emplawyers-muenchen.de)

## Oder doch wieder GroKo...?



## Egal wie und wer

- Wir begleiten Sie arbeitsrechtlich auch in den nächsten vier Jahren
- Vielen Dank !